

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig April 2014 Nr. 157

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

LEERE KASSEN?



18. MAI

NEIN

**ZU DEN KAMPFJET-
MILLIARDEN!**

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Das Referendum gegen die unnötige Beschaffung von 22 Kampffjets vom Typ Gripen E haben wir am 14. Januar mit über 100'000 gesammelten Unterschriften in einem breiten Bündnis bei der Bundeskanzlei eingereicht. Herzlichen Dank an alle Leserinnen und Leser, die unterschrieben haben und die sich für diese grossartige Leistung engagiert haben, aber insbesondere auch an alle Aktivistinnen und Aktivisten, welche unermüdlich auf der Strasse Unterschriften gesammelt haben. Die Gegnerschaft dieses Kampjet-Kaufes ist breit verankert, sie reicht bis tief in die bürgerlichen Reihen. Diese Chance müssen wir nutzen, denn der entscheidende Tag rückt schnell näher.

Am 18. Mai werden wir über die Beschaffung des Gripen abstimmen. Die Chance auf ein Nein zu zehn Milliarden sinnlosen Rüstungsausgaben ist real und deshalb zählt nicht nur jede Stimme, sondern ab jetzt auch jede Minute an Engagement für weitere Nein-Stimmen. Ob am Stammtisch, im Turnverein, bei der Arbeit oder in der Freizeit – Gelegenheiten zum aktiven Diskutieren und Überzeugen gibt es viele. Sei es mit dem Schreiben von Leserbriefen, dem Aufhängen von Plakaten oder dem Verteilen von Flyern, jede Unterstützung beim Gewinnen dieses historischen Rüstungsreferendums ist willkommen. Zeigen wir der Armee, dass wir die bessere Milizorganisation sind – ohne militärischen Zwang, dafür mit finanzpolitischem Verstand.

Gleichzeitig beschäftigen uns in der GSoA-Zeitung natürlich auch noch andere Themen – seien es die Auswirkungen des neuen Nachrichtendienstgesetzes, die Geschäfte bei der Entsorgung von Streumunition oder die Exporte von Schweizer Kriegsmaterial. Einen Anfang machen möchten wir in dieser Ausgabe auch mit dem Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor hundert Jahren. Das ganze Jahr hindurch möchten wir diesem Thema treu bleiben, insbesondere auch an der Vollversammlung.

Für das Redaktionsteam: Adi Feller

Vollversammlung am 22. Juni 2014

(bm) Die Vollversammlung der GSoA findet dieses Jahr am 22. Juni von 10.15 bis 15.15 Uhr im Restaurant Kreuz in Solothurnstatt. Das Mittagessen ist für die Teilnehmenden kostenlos.

Das detaillierte Programm wird zwei Wochen vor der VV auf www.gsoa.ch veröffentlicht. Was aber bereits feststeht, ist, dass wir an dieser Vollversammlung in die Vergangenheit blicken: Das grosse Thema ist der Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren. Wir werden uns damit befassen, was der Ausbruch des Ersten Weltkrieges für die Friedenspolitik damals bedeutete und welche Lehren wir heute aus dieser grossen Katastrophe ziehen können (vgl. Seite 6).

Dann wollen wir aber auch in die Zukunft blicken. In den letzten fünf Jahren bearbeitete die GSoA ein Projekt nach dem andern: Kriegsmaterialexporte, Waffenschutz, Wehrpflicht und nun wieder Kampffjets. Dazwischen blieb kaum Zeit zur Selbstreflexion. Endlich etwas entspannt und hoffentlich in Feierlaune wollen wir diskutieren, welche Themen die GSoA nach der Gripen-Abstimmung aufgreifen soll. Denn die Lockerung der Kriegsmaterialverordnung im März oder die bevorstehende Abstimmung im Parlament zum internationalen Waffenhandelsvertrag zeigen: Die Arbeit wird uns leider nicht ausgehen.

Ein Festival für die Abrüstung!

(ag) Im Rahmen des «Global Day of Action on Military Spending», der am Montag 14. April stattfinden wird, organisiert die GSsA in Genf vom 12.-14. April ein Festival rund um das Thema Abrüstung. Unter dem Titel «The Unarmed Experience» vereinigt es pazifistische AktivistInnen als auch AkademikerInnen für Diskussionsrunden, Seminare und Filmvorführungen. Der Abend des 12. April bietet auch die Möglichkeit zu feiern – erlebe eine «Unarmed Experience» im Stil Elektro-House-Techno!

Ort: Maison des Associations, 15 rue des Savoises, 1205 Genf.
Mehr Info unter: www.facebook.com/gssa.suisseansarmee

OSTERMARSCH 2014

Sicherheit schaffen: Mit Bildung und Gesundheit statt Waffen

Zum 12. Mal findet am 21. April, am Ostermontag, in Bern der Ostermarsch statt. Die Verhinderung der Kampffjetbeschaffung ist auch hier das grosse Thema.
Von Seraina Patzen

Der Ostermarsch in Bern wird jedes Jahr von der GSoA zusammen mit vielen anderen Organisationen aus dem kirchlichen, friedens- und entwicklungspolitischen Bereich organisiert. Ostermärsche haben eine lange Tradition: Sie entstanden in den 1960er-Jahren als Protest gegen die atomare Aufrüstung. Bis heute finden an vielen Orten in Deutschland Ostermärsche statt. In der Schweiz finden am Ostermontag jeweils der «Friedensweg am Bodensee» und der Ostermarsch in Bern statt.

Für wahre Sicherheit

In Bern demonstrieren wir jedes Jahr unter einem anderen Motto. Dieses Jahr widmet sich der Ostermarsch der «wahren Sicherheit»: Aufgabe des Staates ist es, für die Sicherheit seiner Bevölkerung zu sorgen. Eine sichere Gesellschaft baut auf Bildung und Gesundheit für alle. Stattdessen will die Schweiz neue Kampffjets beschaffen und mehr Waffen exportieren. Waffen schaffen aber keine Sicherheit. Sie verbreiten Angst, zerstören und töten. Und sie dienen vor allem der militärischen Geschäftemacherei. Deshalb steht der Ostermarsch Bern 2014 ein gegen den Kauf

neuer Kampfflugzeuge und für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten.

Hauptrednerin aus Deutschland

Claudia Haydt von der Informationsstelle Militarisation (IMI) aus Deutschland wird in ihrem Redebeitrag auf dem Münsterplatz darlegen, wer weltweit am meisten vom Handel mit Rüstungsgütern profitiert, wieso Rüstungsgeschäfte besonders anfällig sind für Korruption und welche Trends hin zur Umstellung auf zivile Produktionen in der Rüstungsindustrie feststellbar sind.

Das Essen kommt dieses Jahr wieder vom Bio-Hof aus dem Jura und Musik gibt's von Olgas Bagasch, einer Klezmer-, Gypsy- und Chanson-Band aus Bern.

Hoffen wir auf gutes Wetter, viele TeilnehmerInnen und gemütliches Beisammensein!

Weitere Informationen unter:
www.ostermarschbern.ch



Fit gegen Gripen

(np) Ganz im Zeichen des bevorstehenden Kampffjet-Showdowns fand am Wochenende vom 8. auf den 9. März das diesjährige Fitamin statt. Aus allen Landesteilen ins bernische Neuenegg gekommen, bereiteten sich die GSoAtInnen zwei Tage lang auf den Abstimmungskampf vor. Anhand der Vorträge zum Werdegang des Referendums erhielten die Anwesenden zu Beginn des Fitamins einen fundierten Einblick über das bereits Geschehene. Mit weiteren Redebeiträgen zum Rüstungskonzern Saab und dem Argumentationsstrang der Gripen-Befürworter folgte eine weitere Vertiefung in die Materie. Auf die gelungenen Vorträge und Workshops des ersten Tages folgte ein ebenso interessanter Abend voller guter Gespräche und kreativen Ideen für mögliche weitere Zukunftsprojekte. Am darauf folgenden Tag galt es, das Gelernte auf spielerische Art und Weise in Podiumsdiskussionen praxisbezogen anzuwenden. Dabei wurde uns ein weiteres Mal bewusst, wie absurd die Pro-Gripen-Argumente beim genaueren Hinsehen wirklich sind. Das Wochenende vorbei, machten sich die GSoAtInnen fit und motiviert wieder auf in ihre Regionen, wo sie bereits ein Bündel an Aufgaben erwartet.

ÜBERWACHUNG

Nachrichtendienstgesetz des Bundes

Das unprofessionelle Verhalten der Truppe von Bundesrat Maurer ist regelmässigen LeserInnen der GSoA-Zitig bestimmt bekannt. So ist das Verschlafen der Flugzeugentführung vom 17. Februar 2014 durch unsere Luftwaffe zwar sehr peinlich, aber nur ein kleines Steinchen im Mosaik eines vernichtenden Gesamtbilds. Immerhin wissen wir jetzt kurz vor der Abstimmung, dass zur Sicherstellung des Luftpolizeidienstes nicht neue Flugzeuge, sondern nur ein paar neue Wecker beschafft werden müssen.

Von Christian Thommen, Vorstandsmitglied grundrechte.ch

Wie die beste Armee der Welt ist auch der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) im VBS angesiedelt, und wo VBS drauf steht, ist auch VBS drin. Der Bericht der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) der eidgenössischen Räte über die Kontrolle des NDB 2013 spricht Klartext: Der Datendiebstahl im NDB vom Mai 2012 ist auf gravierende organisatorische Mängel zurückzuführen. Für alle Datenbanken des NDB war ein einziger Mitarbeiter als Administrator verantwortlich. Als die Zusammenarbeit mit ihm problematisch wurde, konnte entweder mit seiner Freistellung die Verfügbarkeit der Systeme gefährdet oder mit seinem weiteren Einsatz ein Risiko für die Vertraulichkeit der Daten in Kauf genommen werden. Interne Kontrollen gab es keine, so dass ein Tipp über die Eröffnung eines Nummernkontos von einer Bank nötig war, um den Skandal aufzudecken. Aber nicht nur der technische Betrieb der Datenbanken ist stümperhaft, auch die Relevanz der gespeicherten Informationen ist nicht gegeben. Laut einem Bericht der GPDel aus dem Jahre 2010 wurden innert weniger Jahre weit über 200'000 Datensätze angehäuft, aber nicht einmal rudimentär überprüft. Ende

2012 war die Datenbank nach Angaben des VBS angeblich «bereinigt», d. h. mehr als drei Viertel der mühsam gesammelten geheimen Informationen wurden einfach gelöscht. Trotzdem fand die GPDel bei ihrer Kontrolle 2013 noch jede Menge Verwaltungsdaten und Doppeleinträge, welche längst hätten gelöscht werden müssen.

Neue «genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen»

Am 19. Februar 2014 hat der Bundesrat die Botschaft zum neuen Nachrichtendienstgesetz NDG vorgelegt. Es geht dabei aber nicht etwa darum, die Datensammelwut des NDB zu begrenzen oder die Qualität der gesammelten Daten zu erhöhen – im Gegenteil: Mit zusätzlichen «genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen» wie Abhören von Telefonen oder ganzer Internet-Backbones soll die Flut der Informationen noch erhöht werden. Konkret soll der NDB neu alle Kompetenzen erhalten, welche Strafverfolgungsbehörden bei der Telefonüberwachung besitzen. Diese Kompetenzen sind aber in einem anderen Gesetz, dem Bundesgesetz betreffend Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs («BÜPF»), geregelt und sollen aktuell noch ausgeweitet werden. Weiter soll der NDB private Räume verwandeln und in Computer eindringen dürfen, z. B. mit Trojanern. Ebenfalls neu soll der NDB mittels «Kabelaufklärung» grosse Internet- und Telefonkabel mit dem Datenverkehr tausender Benutzer nach Schlüsselwörtern scannen und Erkenntnisse aus der verdeckten präventiven Überwachung an Strafverfolgungsbehörden weiterleiten dürfen. Ein Anfangsverdacht für die Einleitung eines Strafverfahrens ist somit nicht mehr notwendig.

Als Begründung für die neuen Überwachungsmassnahmen müssen die Enthüllungen von Edward Snowden herhalten: Der NDB brauche

geheime Überwachungsmassnahmen, um dem CIA und der NSA in der Schweiz Einhalt gebieten zu können. Diese Aussage von Bundesrat Maurer ist etwa gleich peinlich wie die Behauptung, der NDB hätte den Datendiebstahl von 2012 auch selbst festgestellt, welche von der GPDel klar widerlegt wurde, oder die Aussage, für eine Alarmbereitschaft der Luftwaffe rund um die Uhr benötige es den Gripen. Mit den neuen Überwachungsmassnahmen wird der NDB die eigene Bevölkerung weiterhin im Geheimen überwachen und fichieren. Gesetzlichen Einschränkungen der Privatsphäre muss mit grosstem Misstrauen begegnet werden. Die NSA wird aber weiter schalten und walten wie bisher und nicht nur Daten aus der Funkaufklärung, sondern neu auch Daten aus der Kabelaufklärung erhalten.

INSERAT

grundrechte.ch

Wer will den Nachrichtendienst digital aufrüsten?

Podiumsdiskussion am Do, 3. April 2014, 18-20 Uhr im Politforum Käfigturm, Bern

mit den Nationalräten Daniel Vischer (GPS), Andy Tschümperlin (SPS) und Roland Fischer (GLP).

Ab 20 Uhr Mitgliederversammlung des Vereins grundrechte.ch

Ausserdem, gratis und instruktiv:



http://tinyurl.com/opa43uk

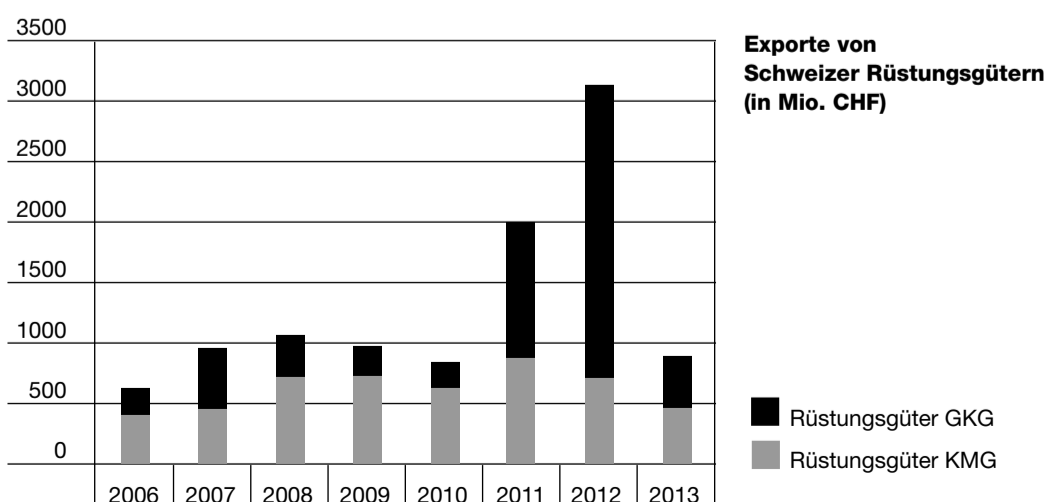
KRIEGSMATERIAL

Das wahre Ausmass der Schweizer Rüstungsexporte

(af) Der Bundesrat und das Parlament brüsteten sich in der Vergangenheit immer wieder mit den strengen Gesetzen zum Export von Kriegsmaterial aus der Schweiz. Ein Grund für die auf dem Papier tatsächlich vorhandene Strenge ist ein definitorischer Kniff, den das rüstungsindustriefreundliche Parlament bewerkstelligt hat. Der Begriff der «besonderen militärischen

Güter» ist eine Schweizer Speziallösung, um Produkte, die international als Kriegsmaterial gelten, unter den laschen Regulierungen des Güterkontrollgesetzes exportieren zu können. Auf Druck der Medien durch eine Anfrage nach dem Öffentlichkeitsgesetz musste das Seco im November 2013 die Exportstatistiken für besondere militärische Güter der letzten Jahre

veröffentlichen. Bis dahin waren diese Zahlen nicht einsehbar – und ihr Ausmass ist erschreckend: Allein im Jahre 2012 wurden Rüstungsgüter für total 3.1 Milliarden Franken ausgeführt, mehr als viermal so viel wie als Kriegsmaterial ausgewiesen wurde (vgl. Tabelle). Interessant sind auch die Zielländer, in welche besondere militärische Güter exportiert werden. So tauchen insbesondere Saudi-Arabien und Pakistan, welche offiziell kein Kriegsmaterial aus der Schweiz erhalten sollen, immer wieder als grosse Kunden auf. Saudi-Arabien war mit Lieferungen von über einer Milliarde Franken im Jahr 2012 gar grösster Abnehmer, während Pakistan einer der grössten Abnehmer 2013 war. Immerhin sieht es so aus, dass das Seco die Zahlen zu den Exporten besonderer militärischer Güter in Zukunft einmal im Jahr veröffentlicht. Diese Transparenz ist wichtig und zeigt erst das gesamte Ausmass der Waffenexporte aus der Schweiz auf. Dieses dürfte in den nächsten Jahren allerdings noch weiter anwachsen, hat doch das Parlament Anfang März beschlossen, den Export von Kriegsmaterial noch einfacher zu machen (vgl. Artikel S. 7).



GLOSSE

100 Jahre Luftwaffe: Es geht auch billiger!

(bm) Ein kurzer Blick auf die Geschichte der Schweizer Luftwaffe zeigt, wie schlecht der Gripen-Deal tatsächlich ist.

Schon 1912 stiess eine eidgenössische Aviatik-Kommission mit dem Wunsch nach einer eigenen Luftwaffe bei Volk, Armeeführung und Politikern auf taube Ohren: Das Projekt war zu teuer. Erst, als die schweizerische Offiziersgesellschaft im Januar 1913 zu einer «Nationalflugspende» aufrief, stiftete die Bevölkerung bis zum Mai 1914 freiwillig 1'734'565 Franken. Das waren damals 50 Rappen pro Kopf, was heute etwa 4.50 CHF entspricht. Die Gripen-Beschaffung dagegen kostet uns satte 2'581 Franken an Steuergeldern pro Haushalt. Geht man von den Steuerpraktiken eines gewissen Herrn Schneider-Ammann aus, darf zwar auch das Steuern zahlen als freiwillig gelten. Trotzdem wäre die Beschaffung vielleicht weniger problematisch, wenn der Gripen über die nächste «Jeder Rappen zählt»-Aktion finanziert würde.

1914 bestellte man mit dem Budget aus der Nationalflugspende beim Deutschen Reich flugs sechs Doppeldecker «Schneider» (ohne Ammann). Weil kurz darauf der 1. Weltkrieg ausbrach, behielt das Reich die Doppeldecker lieber für sich und sie wurden nie geliefert. (Auch die Lieferung des bestellten Gripen E ist fragwürdig, da er gar nicht existiert).

Stattdessen konnte man im August 1914 acht Wehrmänner mit Fliegerbrevet ins Berner Beundenfeld aufbieten, die auch noch gleich ihre eigenen Flugzeuge mitbrachten. So gelangten die ersten sieben Flugzeuge zur Luftwaffe, die jetzt wieder aus dem Schneider war – ein gelungener Deal. Die nächsten Flieger konnte man sich sogar noch günstiger aneignen: Man beschlagnahmte einfach die Flugzeuge der Kriegsparteien, die durch «Verfliegen», Notlandung oder Bruch in die Schweiz gekommen waren. Angesichts solch kreativer Methoden, mit welchen man fast gratis eine Luftflotte von über zwei Dutzend Maschinen aufbaute, erscheint der heutige Gripen-Deal von über zehn Milliarden Franken für 22 Jets als ziemlich unbeholfen.

BRASILIEN

Kein Gütesiegel für den Gripen

Edward Snowden hat Saab zum einem unverhofften Auftrag für den Gripen E verholfen. Die Schweizer Gripen-Freunde sollten sich nicht zu sehr darüber freuen.
 Von Andreas Weibel

Nicht nur bei Saab, sondern auch bei den Schweizer Gripen-Anhängern war die Erleichterung gross, als Saab im vergangenen Dezember mit Brasilien den ersten Käufer für den Gripen E gefunden hatte. Saab hatte bisher in allen Ausschreibungsverfahren schmerzhaft Niederlagen einstecken müssen, unter anderem in Indien, Holland und Norwegen. Und Schweden hatte seine Bestellung von 60 Gripen E davon abhängig gemacht, dass ein zweites Land den Papierflieger ebenfalls beschaffen würde. Ohne baldigen Auftrag hätte

der schwedische Rüstungskonzern früher oder später wie der gleichnamige Autohersteller Konkurs anmelden müssen.

In Brasilien waren die Konkurrenten von Saab: Boeing mit der neuste Version des F/A-18 sowie die französische Rafale, den auch die Schweiz evaluiert hatte. Alle Zeichen hatten darauf hingedeutet, dass der F/A-18 dank dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis das Rennen machen würde. Überraschend gab Brasilien am 18. Dezember jedoch bekannt, dass es sich für den Gripen entschieden hatte. Diesen Entschluss hatte Präsidentin Dilma Rousseff sehr kurzfristig gefasst. Selbst der Verteidigungsminister erfuhr offenbar erst am Tag vor der offiziellen Verlautbarung, dass die Präsidentin die Empfehlung der Luftwaffe in den Wind geschlagen hatte. Das US-amerikanische Magazin

Foreign Policy beschrieb den Entscheid als «das einzige Gefecht, das die F/A-18 je gegen den Gripen verlieren» werde.

Ohrfeige für die USA

Was zum überraschenden Meinungsumschwung geführt hat, war bald klar. «Die NSA-Affäre hat den Amerikanern das Geschäft verhagelt», wie es ein brasilianischer Regierungsmitarbeiter gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters ausdrückte. Die Veröffentlichungen von Edward Snowden warfen auch in Brasilien hohe Wellen. Dass die USA illegal hohe PolitikerInnen – unter anderem Präsidentin Rousseff selbst – und Unternehmen abgehört hatte, liess nicht nur die öffentliche Meinung brodeln. In der Uno übernahm Brasilien die Führungsrolle, um ein internationales Abkommen für den

Schutz der digitalen Privatsphäre voranzutreiben. Den sicher geglaubten Deal mit Boeing platzen zu lassen war eine willkommene Gelegenheit, um die USA auch wirtschaftlich spüren zu lassen, dass die Abhöraktionen inakzeptabel sind. Die Gripen-Befürworter in der Schweiz haben sich ausgiebig über die Typenwahl in Brasilien gefreut. Bei genauerem Hinsehen gibt es für sie jedoch nicht viel Grund zum Jubel: Der Entscheid taugt nicht als Gütesiegel für den Gripen, denn er war in erster Linie eine Ohrfeige für die Konkurrenz. Hinter den Kulissen wird es für Saab nun noch schwieriger, die versprochenen Gegengeschäfte einzufädeln, da nun zwei potentielle Kunden zu befriedigen sind. Und vor allem wird es für Saab schwierig zu erklären, warum es Brasilien die viel besseren Konditionen gewährt als der Schweiz.



Gesamtkosten Gripen

Kaufpreis	3'126
Beschaffungsprojekt	25
Immobilieninvestitionen	105
Hochrechnung: Nachrüstungen bis Ende Lebensdauer	3'000
Instandhaltungs- und Betriebskosten pro Jahr	102
Kosten während der gesamten Lebensdauer der Flugzeuge (35 Jahre)	3'570
Zwischenmiete	245
Total Kosten (in Mio. CHF)	10'071

FINANZEN

Von Kosten und «Nutzen» des Gripen-Kaufs

Der Gripen kostet die Schweizer SteuerzahlerInnen im Verlauf seines kurzen Kampfjet-Lebens über zehn Milliarden Franken. Im Gegenzug verspricht die Rüstungslobby hohe Profite durch Gegengeschäfte. Doch die Zahlen, mit denen sie operiert, sind mit Vorsicht zu geniessen.
 Von Remo Ziegler

Eigentlich hatte das Parlament nach der Mirage-Affäre beschlossen, dass die Schweiz künftig nur noch fertig entwickelte Kampfflugzeuge beschaffen soll. Doch offenbar hat es Saab geschafft, der Mehrheit des Parlaments weiszumachen, bei der Entwicklung des Gripen könne nichts mehr schiefgehen. Schweden garantiert zwar den Liefertermin im Jahr 2018, was für (finanzielle) Konsequenzen eine Verspätung der Lieferung hätte, ist aber bis heute nicht klar.

Die Befürworter des Kaufs werden nicht müde zu betonen, dass sich der Kauf für die Schweiz rentiere. Saab verspricht, zweieinhalb Milliarden Franken in Form von Gegengeschäften

wieder in der Schweiz zu investieren. Bei allen anderen staatlichen Güterbeschaffungen sind solche Gegengeschäfte verboten – sehr zu Recht, denn die Abgrenzung zur Korruption ist alles andere als scharf. Wie seriös solche Geschäfte bei Saab in der Praxis aussehen, zeigt ein Beispiel aus Südafrika: Aus einer realen Investition von drei Millionen Dollar in die dortige touristische Infrastruktur resultierten angeblich Gegengeschäfte in der Höhe von über 200 Millionen Dollar. Tatsächlich wurden aber einfach über Jahre hinweg für jeden skandinavischen Touristen in Südafrika pauschal knapp 4000 Dollar im Sinne dieses Gegengeschäfts verbucht.

Übertriebene Wirkung von Gegengeschäften

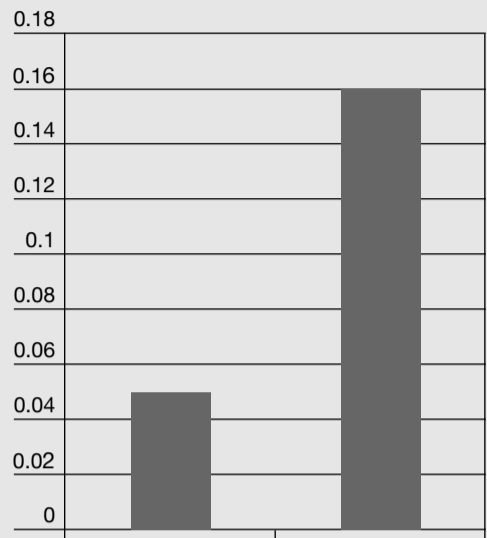
Im Jahr 2008 veröffentlichte die Eidgenössische Finanzkontrolle eine Studie über die Beschäftigungswirksamkeit von Gegengeschäften in der Rüstungsindustrie. Grundlegend kritisiert wurde, «dass an Schweizer Lieferfirmen erteilte Aufträge, bei welchen die in der Schweiz erbrachte

Wertschöpfung mindestens 51% beträgt, nach geltender Regelung zu 100% ihres Auftragswertes dem wirtschaftlichen Ausgleich angerechnet werden.» Die Studie kam weiter zum Ergebnis, dass ein Grossteil der Geschäfte, die von der armasuisse als Gegengeschäfte anerkannt wurden, sowieso getätigt worden wären und demnach keine zusätzliche Beschäftigung bringen. Für die grosse Mehrheit der Unternehmen spielen die Gegengeschäfte keine Rolle. Volkswirtschaftlich betrachtet sind Gegengeschäfte eine ineffiziente Form von Staatssubventionen für einzelne private Firmen, insbesondere in der Rüstungsindustrie. Dennoch scheinen die Werbestrategien von Saab und armasuisse medial aufzugehen: Zeitungen und Fernsehen berichten regelmässig über abgeschlossene Gegengeschäfte und Vermittlungsveranstaltungen von Saab für die Industrie.

Kaum neue Stellen dank Gripen-Kauf

Der hohen Kaufsumme für den Gripen steht nur eine kleine Anzahl Arbeitsplätze gegen-

über, welche das Geschäft direkt mit sich bringt. Konkret geht es beim Gripen-Kauf um rund hundert Stellen für den Unterhalt und die Wartung. Mit der Ausmusterung des Tiger F-5 gehen im Bereich der Wartung und des Unterhalts allerdings auch rund 50 Stellen verloren. Grund dafür ist unter anderem, dass die Instandhaltung von 75 Prozent der Komponenten der neuen Kampfjets in Schweden und nicht mehr in der Schweiz durchgeführt werden soll. Zusätzlich sollen die Gegengeschäfte weitere dreihundert Stellen schaffen. Eine Studie des Forschungsinstituts Infra hat ausgerechnet, wie hoch die Investitionen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz wären, und wie viele Stellen damit geschaffen werden könnten. Pro investierten Franken würden hier rund dreimal so viele Arbeitsplätze entstehen wie mit dem Kauf des Gripen. Würde man zehn Milliarden in die Bildung investieren, liessen sich damit rund siebenmal mehr Stellen schaffen, als sich die Gripen-BefürworterInnen von der Beschaffung erhoffen.



Schallintensität in W/m²: Der Gripen verursacht rund dreimal mehr Lärm als der Tiger.
(Grafik: Bündnis gegen neue Kampfflugzeuge;
Daten: armasuisse)

UMWELT

Viel Lärm und Dreck um nichts!

Der Gripen verursacht nicht nur viel mehr Fluglärm als die heutige Tiger-Flotte, sondern ist auch eine CO₂-Schleuder der üblen Sorte. Von Daniela Fischer

Die Regionen um Emmen, Meiringen oder Sion leiden bereits heute unter hoher Lärmbelastung durch die Luftwaffe. Der Gripen wird dieses Problem noch verschärfen, da er eine etwa dreimal höhere Schallintensität wie die heutigen F-5 Tiger aufweist.

Grosse Gebiete stark betroffen

Während der Evaluation des neuen Kampffjets hat die EMPA, die eidgenössische Materialprüfanstalt, ausgemessen, in welchem Gebiet ein Gripen beim Start Lärm mit einer Lautstärke von 80 Dezibel oder mehr verursacht. Zum Vergleich: Dies entspricht ungefähr dem Lärm eines Presslufthammers. Es ist auch der Grenzwert, ab dem in vielen Ländern Arbeitgeber ihren Angestellten einen Gehörschutz zur Verfügung stellen müssen. Insgesamt liegt eine Fläche von mehr als 50 Quadratkilometern innerhalb dieser besonders stark belasteten Zone. Dies entspricht etwa der doppelten Fläche der Stadt Basel.

Deutlich mehr Schadstoffe pro Flugstunde

Der Gripen ist nicht nur teuer, er hat bei vergleichbarer Grösse auch einen wesentlich höheren Kerosinverbrauch als die bisherigen F-5 Tiger. Während der Kerosinverbrauch der F-5 Tiger bei 2600 Litern pro Flugstunde liegt, verbraucht der Gripen 3000 Liter pro Stunde. Mit Nachbrenner (eine Zusatzvorrichtung um mehr Schub zu gewinnen) verbraucht der Gripen sogar

MINDERHEITENSCHUTZ

Schwedens Testgelände auf dem Land

Die North European Aerospace Test Range in Nordschweden, heute Vidsele Test Range genannt, ist das grösste europäische Testgelände für Kampffjets. Das Testgebiet steht auf Land, das historisch der Minderheit der Saami gehört und auf dem sie ihre Rentierherden weiden. Mit dem Gripen-Deal unterstützt die Schweiz die Verletzung der UN-Deklaration der Rechte indigener Völker in Schweden.

Von Stefan Dietiker

Die Uno-Deklaration über die Rechte indigener Völker spricht indigenen Völkern besondere Landrechte über jene Gebiete zu, die traditionell ihr Eigentum sind. Im Falle Schwedens ist die Region, auf der sich das Vidsele-Gelände befindet, ein solches Gebiet.

Das schwedische Militär hat in den 1950er-Jahren eine Vereinbarung mit den Saami getroffen, dass während der Rentier-Kalbzeit von Mai bis Mitte Juni keine Übungen auf dem Land der Saami stattfinden dürfen. Aber genau in dieser Periode fand 2009 eine Bombenabwurfübung der Nato statt. Die Saami protestierten gegen die militärischen Übungen. Ein Repräsentant des Saami-Parlaments sagte im öffentlichen Radiosender, dass die Nato-Übung das Kalben der Rentiere gefährde. Ein Jahr später stellte Schweden das Gebiet der US Air Force für Bombardierungsübungen zur Verfügung – wieder während der Kalbzeit. Sowohl die Zeitschrift der Minderheit als auch die älteste schwedische Saami-Organisation kritisierten diese Übung und hoben hervor, dass die Saami nicht gefragt worden waren.

Lilian Mikaelsson, Vizepräsident von Same Átnam, sagte: «Die Regierung ignoriert die Menschen, die hier wohnen.»

Das VBS schweigt sich zu den Verletzungen aus

Laut VBS-Sprecherin Karin Suini wird auch die Schweizer Luftwaffe ihre Piloten auf dem Gelände der Saami trainieren lassen, falls der Gripen gekauft wird. Es sei durchaus möglich, dass sie auch mit scharfer Munition üben. Karin Suini will sich jedoch nicht dazu äussern, ob das Land der Saami durch die Übungen beschädigt wird oder Rentiere getötet werden. Man habe vollstes Vertrauen darauf, dass Schweden seine Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten im Norden des Landes einhalte.

9000 Liter pro Stunde. So übertrifft er sogar die F/A-18 Hornet, die mit ihren zwei Triebwerken 4850 Liter pro Stunde verbrauchen.

Der Mehrverbrauch an Kerosin gegenüber den F-5 Tigern von 400 Litern pro Stunde entspricht mehr als einer Tonne CO₂ pro Stunde. Sprich: Was ein Gripen in einer Stunde an CO₂ mehr verursacht als der F-5 Tiger entspricht dem, was jede Bewohnerin und jeder Bewohner der Schweiz (und der Erde) pro Jahr höchstens verursachen sollte, um die Erderwärmung auf 2 Grad zu beschränken.

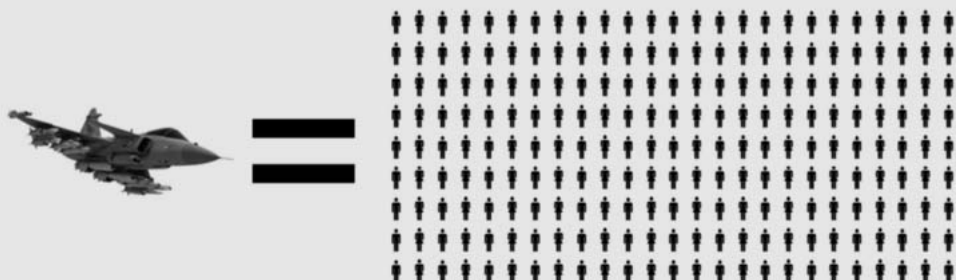
Mehr Flugstunden bringen zusätzliche Belastung

Im Jahr 2012 entfielen 2494 Flugstunden auf die F-5 Tiger. Beim Gripen geht man von jährlich 4000 Flugstunden aus, was die zusätzlichen Emissionen noch einmal in die Höhe treibt. Pro Jahr werden durch den Ersatz der F-5 Tiger durch den Gripen 55'156 Hektoliter Kerosin zusätzlich verbraucht, was zu 13'892 Tonnen CO₂ zusätzlich führt.

Dies notabene in einer Zeit, in der sich die Schweiz um Emissionsreduktionen in sämtlichen Bereichen wie dem Verkehr, Bau und Landwirtschaft bemüht. Die Armee scheint davon allerdings ausgenommen zu sein. Allein der zusätzliche CO₂-Ausstoss pro Jahr gegenüber den F-5 Tigern entspricht dem Jahresverbrauch von CO₂ von 2573 durchschnittlichen Schweizerinnen und Schweizern.

Natürlich führt der höhere Kerosinverbrauch auch zu erheblichen Mehrkosten: Jährlich wird mit 21 Millionen Franken Ausgaben allein für Treibstoff gerechnet, was 12 Millionen Mehrausgaben gegenüber heute mit den F-5 Tigern bedeutet.

Ein einziger Gripen verursacht ungefähr gleich viel CO₂-Ausstoss wie 225 durchschnittliche Schweizerinnen und Schweizer pro Jahr. Die gesamte Flotte verursacht etwa ebenso viel CO₂ wie Brig im Wallis.



Hilf mit, die Aufrüstung zu stoppen!



Abstimmungs-T-Shirts auf Seite 8 bestellen (kostenlos, solange Vorrat)

(np) Hier zeigen wir Dir, wie Du dich im Abstimmungskampf engagieren kannst.

Jetzt ist es soweit. – In wenigen Wochen entscheidet die Stimmbevölkerung über den Kauf neuer Kampffjets. Nach dem jahrelangen Hin und Her in Bundesbern ist der Moment gekommen, die Menschen auf der Strasse für ein Nein zu mobilisieren. Argumente gegen die unsinnige Beschaffung gibt es zuhauf, dennoch dürfen wir uns keinesfalls zurücklehnen. Mit Ständen, Flyer-Aktionen, Briefkästeln und T-Shirts wollen wir die Unentschlossenen für ein Nein gewinnen.

So kannst Du Dich aktiv in der Kampagne engagieren:

Die GSoA in Deiner Region

Willst du gemeinsam mit Gleichgesinnten Flyern, Briefkästeln oder Standaktionen durchführen, schreib eine E-Mail an die GSoA-Regionalgruppe in Deiner Region, die Adressen findest Du auf der letzten Seite dieser Zeitung.

Bestelle das Abstimmungs-T-Shirt und bekenne Farbe!

Wer älter als 30 ist, mag sich sicher noch an die F/A-18-T-Shirts erinnern, die landauf, landab getragen wurden. Wir knüpfen an die Tradition an. Bestelle auch Du ein T-Shirt (siehe Seite 8) und bekenne Farbe.

Weiteres Abstimmungsmaterial bestellen

Die Kampffjet-Befürworter versuchen mit Angstszenarien und Falschinformationen die Bevölkerung zu täuschen. Eine flächendeckende Informationskampagne unsererseits ist daher nötiger denn je. Bestelle jetzt Flyer und Plakate und hilf mit, die Leute in deiner Umgebung von einem Nein zu überzeugen.

Leserbriefe schreiben

Es ist mittlerweile üblich geworden, dass sich finanzstarke Lobbys LeserbriefschreiberInnen kaufen und so versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Begrenzen wir den Einfluss gekaufter Leserbriefe, indem wir an der Debatte in den Zeitungen teilnehmen.

Für die Kampagne spenden

Jeder Flyer, jedes Plakat kostet. Deine Spende ermöglicht eine sichtbare und somit wirkungsvolle Kampagne in allen Landesteilen der Schweiz.

Wir danken Dir für Deine Hilfe. Mit vereinten Kräften werden wir diesen Kampf gewinnen können.

Hast Du Fragen, schreibe eine E-Mail an gsoa@gsoa.ch

ANTIMILITARISMUS

Krieg dem Kriege

In den meisten neuen Publikationen über den Ersten Weltkrieg kommen die Friedensbewegten und die meuternden Soldaten zu kurz – ein kritischer Überblick. Von Jo Lang

Ende 1914 geschah an der Westfront etwas Unerhörtes: Deutsche, britische, französische Soldaten und Offiziere legten ihre Waffen nieder, sangen Weihnachtslieder, begruben gemeinsam ihre Toten und spielten danach gegeneinander Fussball. Die entsetzten Heerführer und Kriegsminister taten darauf alles, um das Bekanntwerden und die Wiederholung eines solchen Skandals zu verhindern. Besonders skandalisiert über den kleinen Frieden im Grossen Krieg zeigte sich ein Gefreiter namens Adolf Hitler, dessen bayerisches Regiment sich am Waffenstillstand beteiligt hatte.

Was sagt uns diese Geschichte, die im Buch «Der kleine Frieden im Grossen Krieg» von Michael Jürgs erzählt wird? Die Kriegsbegeisterung, die bereits im Sommer 1914 kleiner gewesen ist, als allenthalben behauptet wird, war ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn an den Fronten verschwunden. Dass das Morden weiter ging, lässt sich nur mit den militärischen Untugenden Gehorsam und Disziplin erklären. Hätten die Soldaten und nicht die Generäle, Diplomaten und Minister das Sagen gehabt, wäre der Krieg nach einem halben Jahr zu Ende gegangen. Hitlers Entsetzen über die Meuterei seiner Einheit enthüllt den innersten Kern seiner Ideologie, die sich damals heraus zu bilden begann: Krieg statt Frieden!

Das am meisten gefeierte Buch der vergangenen Monate, Herfried Münklers «Der Grosse Krieg», bringt es auf seinen 924 Seiten fertig, den «kleinen Frieden» in keinem einzigen Wort zu erwähnen. Auch die Friedensbewegungen vor dem Krieg, die Antikriegsaktivitäten während desselben und die Meutereien, insbesondere die französischen im Mai 1917, werden nur marginal gewürdigt. Ähnlich verhält es sich beim anderen Wälzer, der in den Schweizer

Medien höchst unkritisch besprochen wurde. Christopher Clarks «Die Schlafwandler» interessiert sich sehr wenig für die Friedenskundgebungen in den Jahren 1912 bis 1914. Angesichts der 20 Millionen militärischen und zivilen Todesopfer sowie den 21 Millionen Verwundeten, ist die Kühle der Herren Münkler und Clark beachtlich.

Während sich Clark fast ausschliesslich auf die Mächtigen fokussiert und dabei betont, dass sie all das nicht wollten, beschreibt Münkler das Leiden und (Ver-)Zweifeln der Soldaten in ihren Schützengräben sehr eindrücklich. Aber er sieht in ihnen keine potentiellen politischen Subjekte. Das hat zu tun mit seiner höchst obrigkeitlichen Weltsicht, der er auch in der aktuellen Tagespolitik huldigt. Seine mangelnde Distanz zum Militärischen hat zur Folge, dass er die strukturelle, kulturelle und intellektuelle Militarisation Deutschlands und ganz Europas als Kriegsursachen völlig unterschätzt. Der Erfolg des prophetischen Romans «Das Menschenschlachthaus – Bilder vom kommenden Krieg» von Wilhelm Lamszus, der 1912 innert wenigen Monaten 70 Auflagen erreichte, dessen englische Ausgabe 1913 in einer Auflage von 100'000 Exemplaren erschien und der in viele andere Sprachen übersetzt wurde, wird von Münkler und von Clark gänzlich ausgeblendet.

Kriegsgegner aller Länder

In einem Punkt liegen Münkler und Clark richtig: Alle Kriegsregierungen tragen Mitschuld. In der Konsequenz, die sie nicht ziehen, heisst das: Alle Kriegsgegner aller Länder waren im Recht. Die falsche These, dass Deutschland die Allein- oder Hauptschuld trägt, hatte zur Folge, dass die französischen, britischen oder US-amerikanischen Friedensbewegten immer zu wenig gewürdigt wurden. Allerdings gehen die beiden Autoren zu weit, wenn sie im Kaiserreich einen Staat wie die meisten anderen sehen. Im ostelbischen Preussen gab es eine historisch überholte soziale Klasse, das Junker-



tum, die extrem militaristisch und antidemokratisch war. Diese feudalen Gutsbesitzer, die als Militäradel die Armee völlig und die Staatsbürokratie weitgehend kontrollierten, aber den eigenen Untergang befürchteten, haben 1912 nach einem Linksrutsch bei den Reichstagswahlen den Bürgerkrieg gesucht. Nachdem die Arbeiterbewegung sich nicht provozieren liess, blieb ihnen im Bündnis mit den rheinischen Schwerindustriellen nur noch der Krieg nach aussen.

Heiner Karuscheit beschreibt diese innenpolitische Kriegslogik sehr schlüssig in seinem Buch «Deutschland 1914». Seine Theorie weicht ab von der berühmten Fischer-These, welche die deutsche Kriegstreiberei hauptsächlich mit dem «Griff nach der Weltmacht» erklärt. Dass aussenpolitische Gründe, insbesondere Wirtschaftsinteressen, die deutsche Eskalation bestimmten, widerspricht der Tatsache, dass in der südlichen Hemisphäre gar nicht mehr viel zu gewinnen war und dass der Militäradel viel mehr auf das Innere orientiert

war. Die Überzeugung aller Strömungen der Sozialdemokratie, dass es beim drohenden Krieg primär um die imperialistische Aufteilung der Welt ging, hat es der Mehrheit im August 1914 erleichtert, den Kriegskrediten für die «Landesverteidigung gegen Russland» zuzustimmen. Da in diesem Feldzug kaum Wirtschaftsinteressen auf dem Spiele standen, musste es doch um die Verteidigung deutscher «Kultur» gegen den «russischen Despotismus» gehen. Selbst Karl Liebknecht, der sich anfänglich der Fraktionsdisziplin fügte, und sogar Rosa Luxemburg schwankten am Anfang, weil sie unsicher waren, ob es angesichts des Fehlens ökonomischer Motive nicht doch ein Verteidigungskrieg war.

In Frankreich, das militärisch vom verhassten Preussen angegriffen wurde, war die Linke noch schlechter vorbereitet. Aber auch in diesem Land zogen die Mächtigen in den Krieg, um die tiefe Spaltung des Landes und die gesellschaftliche Schwächung der Armee aufgrund des Dreyfus-Prozesses zu überwinden. Auch hier spielten imperialistische Interessen eine zweitrangige Rolle. Wegen der Besetzung von Elsass-Lothringen und der stärkeren Integration der Sozialdemokratie in den Staatsapparat gewann der Widerstand gegen den Krieg nie die gleiche Kraft wie in Russland oder Deutschland. Dass es ihn trotzdem gab, schildert André Loez in seiner Geschichte der Meutereien («Les refus de la guerre»). Der bekannte Komik-Zeichner Jacques Tardi und der Historiker Jean-Pierre Verney gaben gleichsam als Beigabe den lesens- und sehenswerten Band «Elender Krieg 1914-1919» heraus.

Stärker als in Frankreich war die Friedensbewegung in Grossbritannien, wo sie eng mit der Frauenbewegung verbunden war. Der US-amerikanische Historiker Adam Hochschild räumt ihr in seinem Buch «Der Grosse Krieg» den ihr gebührenden Platz ein. Er zeigt, wie auch die Oberschichten, deren Söhne einen besonders hohen Blutzoll zahlten, durch den Krieg erschüttert wurden. Einen eindrücklichen Überblick über das geistige Panorama des Ersten Weltkriegs liefert der Nazismuskennner Ernst Piper mit seiner «Kulturgeschichte im Ersten Weltkrieg». Dieses Buch erklärt am besten, warum der Grosse Krieg zur Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts wurde.

GSoA-VV zum Grossen Krieg

Der Grosse Krieg beweist die pazifistische These: «Wer den Krieg vorbereitet, will den Krieg».

Und auch die positive Folgerung: «Si vis pacem para pacem» («Wenn Du den Frieden willst, bereite den Frieden vor»). Allerdings wird die Debatte über den Ersten Weltkrieg heute von militärnahen Autoren beherrscht. An unserer diesjährigen Vollversammlung (vgl. Seite 2) wollen wir die Friedens- und Soldatenbewegungen in den Mittelpunkt rücken. Zugleich wollen wir der Frage nachgehen, inwiefern sich der damalige kriegerische «Idealismus» vieler Linken 90 Jahre später im militärischen Interventionismus wiederholt hat. Vor dem Hintergrund der Krim-Krise wollen wir auch der Frage nachgehen, was aus dem Ersten Weltkrieg diesbezüglich zu lernen ist.

KOLUMBIEN

Auf dem Weg zum Frieden?

Zwei Aktivisten der kolumbianischen Organisation ACOOC (Acción Colectiva de Objetores y Objektoras de Conciencia / Kollektive Aktion der KriegsverweigerInnen aus Gewissensgründen) besuchten die GSoA in Bern und berichteten über die Militarisierung und politische Situation ihres Landes.

Von Nora Komposch

Das Militär spielt in der kolumbianischen Gesellschaft eine zentrale Rolle. Über 6 Prozent des BIPs gibt Kolumbien für die Armee aus und steht damit an der Spitze der Staaten Lateinamerikas. Es besteht eine allgemeine Wehrpflicht von 18 Monaten für alle Männer. Die militärische Aushebung läuft in Kolumbien auf besonders drastische Weise ab: Mehrmals pro Jahr fahren die Militärs mit Lastwagen durchs Land und kontrollieren die jungen Männer, ob sie ein «libreta militar», also einen Militärausweis besitzen. Diesen erhält man

durch das Absolvieren des Militärdienstes oder durch ein illegales aber allgemein anerkanntes Bestechungsgeld von bis zu 5000 Dollar. Die kolumbianischen Rekruten stammen deshalb meist aus ärmeren Schichten. Jeder Mann, der keinen solchen Ausweis vorweisen kann, wird kurzerhand in den Lastwagen gepackt und in die Kaserne verfrachtet. Ohne «libreta militar» ist es für Männer zudem unmöglich, einen Universitätsabschluss zu erlangen, oder eine geregelte Arbeitsstelle zu bekommen. Nach über 50 Jahren bewaffnetem Konflikt zwischen der Regierung und den Guerillaorganisationen FARC und ELN sollen die Waffen nun endlich schweigen. Die 2012 auf Kuba begonnenen Friedensverhandlungen zwischen FARC und Regierung dauern an. Zudem verhandelt jetzt auch die ELN in Friedensgesprächen mit der Regierung. Über Weihnachten kündigte die FARC einen Waffenstillstand an, um der Bevölkerung und der Regierung zu zeigen, dass sie es ernst meint

mit dem Frieden. Die Regierung liess sich jedoch nicht auf einen beidseitigen Waffenstillstand ein und übte weitere Angriffe auf die Guerillas aus.

Aktive Kriegsdienstverweigerer

Die kolumbianische Bevölkerung ist nach all den Konfliktjahren des Krieges müde und wünscht sich mehr denn je den Frieden. Die ACOOC sieht die jetzigen Friedensverhandlungen als idealen Zeitpunkt, die eigene Organisation bekannter zu machen und die Militärordnung des Landes zu verändern. Bis heute gibt es in Kolumbien keinen Zivildienst. Jetzt wäre der ideale Zeitpunkt, eine Alternative zum obligatorischen Militärdienst einzuführen. Dies ist eines der nächsten Ziele der ACOOC.

Vor einigen Jahren hat die Organisation begonnen, Dienstverweigerer-Ausweise zu verteilen. Mit diesen können sich die Männer bei einer allfälligen Militärkontrolle ausweisen und so direkt klar machen, dass sie den Kriegsdienst verweigern und organisiert sind. Das Militär schreckt meist davor zurück, solche

Männer zu zwangsrekrutieren, da es nachfolgende Proteste der Organisation fürchtet. Die ACOOC hat es nun auch erstmals geschafft, mit einem offiziellen Regierungsmitglied, nämlich dem Bürgermeister eines Distrikts von Bogotá, zusammenzuarbeiten: Mit ihm versucht sie, die Bevölkerung dieses Distrikts zu sensibilisieren und vor der Zwangsrekrutierung per Lastwagen zu schützen, indem sie sogenannte «Zonas de Batidas» definieren, wo dieses willkürliche Verfahren verboten sein soll.

Kolumbien ist geprägt durch ein paradoxes Nebeneinander von Massenmobilisierungen und der Herrschaft einer politisch-wirtschaftlichen Oligarchie. Soziale Bewegungen und NGOs, wie die ACOOC, verstärken die basisdemokratische Partizipation der Bevölkerung und spielen je länger je mehr eine wichtige Rolle im Kampf gegen die organisierte Gewalt.

Weitere Informationen zu ACOOC unter <http://objetoresbogota.org>

LEERLAUF

Schweizer Armee vernichtet massenhaft Waffen

Die Schweiz gibt ein Vermögen aus für die Vernichtung von Waffen durch eine ausländische Firma. Klingt erstmal gut – nur hat sie diese Waffen zuvor auch für ein Vermögen eingekauft.

Von Meret Schneider

Letzten Herbst fand ein Transport zwischen der Schweiz und dem 1200 km entfernten deutschen Dorf Pinnow statt. Unsere Armee lieferte an die Firma Nammo Buck 177'000 Granaten vom Kaliber 15.5 cm zur Vernichtung. Ein Bestand von 27'000 Granaten vom Kaliber 12 cm ging zu Nammo nach Løkken Verk in Norwegen.

Tödliche Streumunition

Zur Erinnerung: Streumunition explodiert in der Luft und lässt dabei einen Hagel Mini-Bomben auf das bombardierte Gebiet niederregnen.

Eingesetzt wird sie für die flächendeckende Zerstörung, wobei jedoch ca. 30% der Mini-Bomben nicht explodieren und als gefährliche Minen die betroffenen Zonen unzugänglich machen. So hatte beispielsweise die israelische Armee Millionen dieser Mini-Bomben im Krieg gegen die Hisbollah im August 2006 auf den Süd-Libanon abgeworfen. Das Resultat war verheerend: grosse Ackerflächen wurden unbrauchbar und beinahe täglich kam es zu Verstümmelungen von Mensch und Vieh, selbst heute kommt es noch zu Todesfällen. Die Schweizer Armee hatte in den 80er-Jahren entschieden, sich mit solcher Munition auszurüsten, hergestellt von Israel Military Industries. Eine absurde Entscheidung: Die Verwendung solcher Waffen würde eine langfristige Zerstörung von Schweizer Boden bedeuten. Doch unsere Armeestrategen scheinen sich nicht mit solch profanen Details befassen zu haben.

676 Millionen Franken

1988, 1991, 1993 und 1999 hat das Parlament dem Kauf von 204'000 Granaten zugestimmt – Gesamtkosten 676 Millionen Franken! Natürlich bekam auch die Schweizer Rüstungsindustrie ihr Zuckerchen: Die Hülsen wurden in der Schweiz hergestellt und nach Israel geliefert, von wo dann die fertige Munition zurückgeliefert wurde. Selbstverständlich wurden diese Waffen als unabdingbar für die Verteidigung des Landes bezeichnet. Hohe Offiziere, die Bundesräte Villiger und Ogi sowie die Parlamentskommissionen sprachen klare Worte: Ohne diese Beschaffung wäre die Armee nicht mehr in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen.

Doch dann ratifizierte die Schweiz 2012 die Osloer Konvention, die solche Waffen verbietet. Weshalb sie die nie verwendeten Waffen nun vernichten muss.

Ärgernis für SteuerzahlerInnen

Aber warum die Aufgabe an eine ausländische Firma vergeben? Armasuisse hat auf eine Anfrage der Zeitung Vigousse geantwortet, dass sie sich für die günstigste Offerte entschieden habe, nannte jedoch keine Zahlen. Gemäss Antwort des Bundesrates kostet die Entsorgung zehn Millionen Franken. So gibt die Schweiz nochmals zehn Millionen Franken aus, um einen nutzlosen Bestand an Waffen zu vernichten, die sie zuvor für 676 Millionen Franken eingekauft hat. Für Armeefreunde ein Ärgernis, für uns eine Genugtuung: Das Beste, was die Schweizer Armee mit Waffen anstellen kann, ist, sie massenhaft zu vernichten!

Profite statt Menschenleben

(sd) Am 6. März hat das Parlament hauchdünn einer massiven Lockerung der Kriegsmaterialverordnung zugestimmt (mit 94:93 Stimmen). Darunter leiden muss die Zivilbevölkerung der erneut belieferten Staaten wie Saudi-Arabien und Pakistan, die Menschenrechte wiederholt und systematisch verletzen. Vor der Abstimmung über die GSoA-Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» im Jahr 2008 versprach Doris Leuthard, dass künftig keine Waffen mehr nach Saudi-Arabien, Ägypten und Pakistan geliefert werden sollen. Dieses Versprechen wird nun gebrochen. Seit 2010 kritisiert die GSoA das Seco, das mittels Ausnahmeregelungen immer wieder grössere Waffengeschäfte der Firma Rheinmetall absegnete. Das Seco argumentierte, dass es für Ersatzteile und Munition keine Bewilligung

brauche. Solche Ausnahmen sieht das Gesetz nicht vor. Diese lasche Bewilligungspraxis des Seco führte dazu, dass die Schweiz auch 2013 Waffen an Saudi-Arabien lieferte. Es ist anzunehmen, dass die Lockerung der Kriegsmaterialverordnung automatisch zu einer noch lascheren Bewilligungspraxis des Seco führt. Es ist nur eine Frage der Zeit bis das Seco wieder heikle Geschäfte wie die Ausfuhr von Maschinenpistolen nach Saudi-Arabien bewilligt, so wie zuletzt 2008. In Saudi-Arabien werden nach wie vor Menschenrechte verletzt, die Todesstrafe für Minderjährige ist schreckliche Realität, Minderheiten werden verfolgt und Frauenrechte nicht respektiert. Es ist Zeit, dem Seco klar zu machen, dass sich ein Menschenleben nicht ersetzen lässt!



Protest-Aktion auf dem Bundesplatz: Ruedi Lustenberger, der Präsident des Nationalrates, entschied die Abstimmung per Stichentscheid.

Verstärkung fürs Seki-Team Aktiv werden in Deiner Region

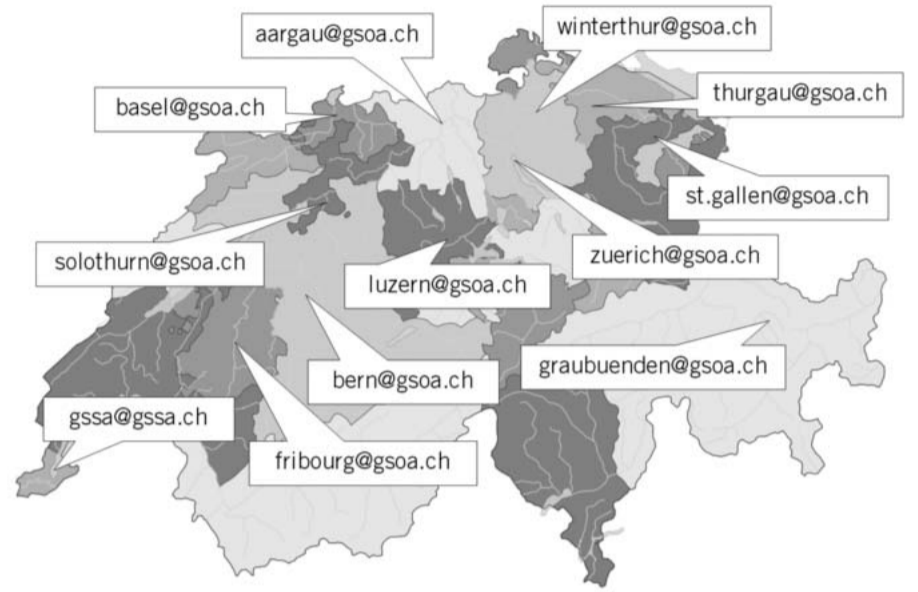
(std) Nora Komposch arbeitet seit Anfang Februar auf dem Sekretariat in Bern. Sie ersetzt dort Beni, der sich nach einer intensiven GSoA-Zeit dem Studium der Sprachen widmet. Nora kommt aus dem Thurgau und studiert Geographie und Philosophie an der Universität Bern.



Mit den Kriegsmaterial-Exporten ihres Heimatkantons ist Nora bestens vertraut. Die angekündigte Lockerung der Kriegsmaterialverordnung bewog sie dazu, bei der GSoA aktiv zu werden. Dass Profit nicht über allem stehen sollte, ist für Nora wichtig. So kämpfte sie für den Erhalt der Kulturarbeit für Frauenfeld (KAFF), unterrichtet Deutsch an der autonomen Schule Bern und engagiert sich in vielen anderen Projekten. Als kritische Geografin geht es ihr nicht nur darum, die herrschende Politik zu kritisieren, sondern auch aktiv mitzugestalten und ihre Umgebung zum Besseren zu verändern. Wir freuen uns, mit Nora einen engagierten, kreativen und mutigen Abstimmungskampf gegen den Gripen zu führen.

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Die Teilnahme an einer Regionalgruppensitzung in Deiner Region ist ein unkomplizierter Weg, sich bei der GSoA aktiv einzubringen und zu engagieren.

Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Die Rüstungs- und Armeelobby wird Millionen in den Abstimmungskampf um den Gripen-Kampffjet investieren. Dem werden wir das grosse und kreative Engagement unserer Mitglieder und SympathisantInnen entgegenstellen.

Dennoch brauchen auch wir Geld für unseren Abstimmungskampf, zum Beispiel für Plakate und Inserate. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen zu erreichen und von einem Nein zum Gripen-Kauf zu überzeugen. **Herzlichen Dank!**

GREGOR,
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ/Wohnort _____

Tel. _____

E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Abstimmungsmaterial	Anzahl Flyer <input type="checkbox"/> Plakate <input type="checkbox"/>	kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Kampffjet-Button		Fr. 1.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Leere Kasse» Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL		
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Leere Kasse» Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL		
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Kampffjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Kampffjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Schlüsselbündel		Fr. 10.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne (PACE)		Fr. 12.-	
<input type="checkbox"/>	Diverse Kleber		kostenlos	
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Abstimmungs-T-Shirts (s. Seite 5) kostenlos, ohne Versandkostenanteil solange Vorrat

Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Franziska Bender (frb), Cordula Bieri (cb), Felix Birchler (fb), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Stefan Dietiker (sd), Adi Feller (af, verantwortlich), Daniela Fischer (df), Amanda Gavilanes (ag), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Nora Komposch(nk), Reto Moosmann (rm), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzc (np), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Meret Schneider (ms), Andreas Weibel (aw), Remo Ziegler (rz), Jonas Zürcher (jz)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.